

Wien, am Montag, den 19. November 1928

Die Deutschen Oberbürgermeister in Wien. Die anlässlich der Schubertzentenarfeier als Gäste der Stadt in Wien weilenden deutschen Oberbürgermeister statteten heute vormittags dem geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Glöckel, einen Besuch ab. Präsident Glöckel legte in einer einstündigen Rede die organisatorischen Grundlagen des österreichischen Schulwesens dar und kennzeichnete die Reformbestrebungen, die von Deutschland ausserordentlich stark befruchtet worden sind. Besonderes Interesse erregten die Mitteilungen über die Organisation der Elternvereine und die Schülerfürsorge. Wie gross das Interesse war, das die Oberbürgermeister nahmen, beweist die Anregung des Oberbürgermeisters von Frankfurt am Main Dr. Landmann, der einen baldigen Besuch der Oberbürgermeister mit ihren Fachreferenten in Aussicht stellte, der den Herren Gelegenheit geben soll, durch längere Zeit das Wiener Schulwesen studieren zu können. Nachdem Vortrag wohnten die deutschen Gäste der Huldigung am Grabe Schuberts bei. Nachmittag waren sie beim Festakt in Schuberts Sterbehause zugegen und daran schloss sich der Besuch der Zweiten Fortbildungsschule für das Holzverarbeitende Gewerbe, wo sie vom Präsidium des Wiener Fortbildungsschulrates begrüsst wurden. Nach einem Vortrag des Oberdirektors Popp über die allgemeine Organisation des Wiener Fortbildungsschulwesens, über die Fürsorgeeinrichtungen für die Lehrlinge und Lehrmädchen und insbesondere über die Einrichtungen der zweiten Fortbildungsschule besichtigten die Herren unter Führung des Obmannes des Fortbildungsschulrates für Wien, Nationalrat Volkert, die Werkstätten und Ausstellungssäle, für die die Gäste das lebhafteste Interesse bekundeten. Nach dem Rundgang durch die Anstalt brachten Schülerinnen der Hauptschule in der Castelligasse im Festsaal einige Schubertlieder zum Vortrag. Abends besuchten die Deutschen Oberbürgermeister die Staatsoper. Dann gab die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich einen Empfang im Hotel Imperial.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Franz und Marie Klima, Johann und Marie Loiskandl, Josef und Agnes Schellmann, Othmar und Auguste Johanna Stuedner und Viktor und Marie vander Worde anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am 20. November um 17 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Alsergrund hält am 21. November um 17 Uhr eine Sitzung ab. Am 22. November um 18 Uhr hält die Bezirksvertretung Neubau eine Sitzung ab und schliesslich am 29. November ebenfalls um 18 Uhr die Bezirksvertretung Meidling.

Freie Arztenstelle. An der Prosektur des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz wird die Stelle eines Assistenzarztes besetzt. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 375 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 22'40 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegten Gesuche sind bis spätestens 1. Dezember im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, einzubringen.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, hat soeben ein Rhythmischer Gymnastikkurs für Frauen und Mädchen begonnen. Leitung Frau Dr. Endeeg. Der Kurs wird jeden Freitag von 18 bis 20 Uhr abgehalten. Einschreibung und Einzahlung hiezu täglich von 8 bis 14 Uhr.

bereits eine Verschuldung von 1000 Millionen Schilling für Wohnbauzweck. Kein ernsthafter Mensch kann glauben, dass solche Anleihen wirklich gegeben werden. Unter allen Umständen aber würde dann und gerade jetzt die Verdoppelung der Wohnsteuer für die Zinsen dieser zweiten Anleihe erforderlich sein. Das sind also nicht Massnahmen, die durchführbar sind und schon gar nicht zu dem Zwecke der Abgabenteilung zugunsten der Bundesländer. Wenn es sich je einmal ergeben sollte, dass man diesen Weg der Geldbeschaffung durch Anleihen beschreitet, dann kann es doch nur geschehen, um zumindest vorübergehend die Wiener Steuerträger zu entlasten oder auch die Wiener Wohnbautätigkeit zu erhöhen, nicht aber als Ersatz für Riesensummen, die man Wien gegen alles Recht entziehen will. Stadtrat Breitner begründete sodann eingehend, worin dieses Wien zugefügte Unrecht liege, verwies darauf, dass Wien 64 Prozent aller direkten Steuern aufbringe, während der Anteil Wiens an den gemeinsamen Abgaben ohnehin nur 52 Prozent ausmache. Die erste Abgabenteilung sei unter einem christlichsozialen Finanzminister, deraus Steiermark war beschlossen worden, was von vorneherein beweist, dass Wien damals gewiss nicht bevorzugt wurde. Seither seien viele Abänderungen erfolgt, bei denen Wien immer zugunsten der Bundesländer Verzicht geleistet hat. Die Bundesländer könneneine Hälfte nicht beanspruchen, wenn sie ihre eigenen Steuerquellen nicht ausschöpfen. Nur über den Wiener Steuersack schimpfen, selbst sehr wenig Steuern einheben und dann auf Grund der besseren Lage Wiens immer wieder Abänderungen bei den gemeinsamen Steuern verlangen, sei ganz unmöglich; jetzt liegt die siebente Abgabenteilungsnovelle vor und nach dieser bequemen Methode wird es in kürzester Frist zu einer achten und neunten kommen und überhaupt nie ein Ende geben. Das gutverwaltete Vorarlberg hat überhaupt kein Defizit und soll trotzdem auf Kosten Wiens noch einen Zuschuss erhalten. Steiermark habe sich eine ruinöse Dollaranleihe erlaubt und die Wiener sollen dafür zahlen. Niederösterreich, das keine eigene Hauptstadt habe und seit jener seine Wirtschaft zum grösstenteil auf Kosten Wiens geführt hat, ist gewiss in einer besonderen Lage, die vielleicht eine Auseinandersetzung von Land zu Land wünschenswert erscheinen lassen mag. Keineswegs aber liegen die Dinge so, wie sie Stadtrat Kunschak geschildert hat, dass die Wiener förmlich nur Nutzniesser der niederösterreichischen Landschaft sind. Wien ist der beste Absatzmarkt für die niederösterreichischen Milchprodukte, Gemüse, Obst, Geflügel usw. und an jedem Sonntag und in jedem Sommer tragen die Wiener als Ausflügler und Sommerfrischler ungeheure Summen nach Niederösterreich. Hätte Niederösterreich so wie Wien von den besseren Gasthäusern, Cafehäusern, Heurigschenken eine Abgabe, so würde die reichlichst genügen, um die durch die Wiener abgemätzten Strassen wunderbar herzustellen. Stadtrat Breitner schloss mit der Feststellung, dass er es geradezu als die Pflicht des Wiener Finanzreferenten betrachte, angesichts einer so furchtbaren finanziellen Gefahr in Versammlungen zu gehen, um die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen und aufzuklären. Nur das Unterlassen würde den schwersten Vorwurf verdienen. Im Uebrigen aber wolle er doch der Hoffnung Ausdruck geben, dass in diesem Falle die parteipolitischen Gegensätze schweigen und sich beide Wiener Parteien zur wirksamen Abwehr dieses furchtbaren Anschlages gegen Wien vereinigen werden.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Bis 24. November nachts wird der Bahnhofrandverkehr wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Mariahilfergürtel über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matsleinsdorfer Platz geführt. Am Donnerstag wird wegen Arbeiten auf der Franzensbrücke die Bahnhofrundlinie in beiden Fahrtrichtungen von der Invalidenstrasse über die Wollzeile-Stubenring-Aspernplatz-Praterstrasse zum Praterstern geführt.